

Europa-Infos Kreis Pinneberg März 2008

Eine Zusammenstellung aus Infobriefen, Newslettern und Arbeitsprogrammen rund um die EU

Inhaltsverzeichnis

1. Europa Allgemein – Aktueller Themenüberblick	2
- Förderprogramme gestartet	2
- Energie und Klimawandel	2
- Slowenische Ratspräsidentschaft	2
- Das „Trioprogramm“ Deutschlands, Portugals und Sloweniens	3
- Zukunftsprogramm für den ländlichen Raum	3
2. Interregionale Kooperation	5
- Ostseeprogramm	5
- Nordseeprogramm	5
3. Bildung und Jugend	5
- EU-Seminare im Kreis Pinneberg	5
- Virtuelle Schulpartnerschaften: eTwinning	6
- Übersicht der deutschen Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2007-2013	6
- Programm „Jugend in Aktion“	6
- Lebenslanges Lernen	6
4. Umwelt	7
- Neue Leitlinien für staatliche Umweltschutzbeihilfen	7
- Veranstaltung zu Umweltprogrammen	7
5. Städtepartnerschaften	7
- Europa für Bürgerinnen und Bürger	7
6. Gesundheit	7
- Gesundheitsprogramm 2008 bis 2013 verabschiedet	7
- Weißbuch zur gesundheitspolitischen Strategie der Kommission	8
7. Verkehr / Energie	8
- Grünbuch zu transeuropäischen Netzen	8
- Intelligente Energie	8
- Energieeffizienz in Gebäuden	9
8. Informationsgesellschaft / Forschung	9
- Europäisches Institut für Innovation und Technologie (EIT)	9
9. Wirtschaft	9
- Zukunftsprogramme Wirtschaft und Arbeit	9
- Enterprise Europe Network: neue Organisation der EU-Beratung im Norden	9
- Öffentlich-Private Partnerschaften	10
10. Veranstaltungen / Veröffentlichungen	10
- Europawoche 2008	10
- Europäische Woche für nachhaltige Energie	10
- Enterprise Europe Network	10
- Europa für Bürgerinnen und Bürger	10
- Seminare im Kreis Pinneberg zu Förderprogrammen im Bereich Bildung und Jugend	10

1. EUROPA ALLGEMEIN – AKTUELLER THEMENÜBERBLICK

Förderprogramme gestartet

Nachdem sich die Staat- und Regierungschefs der EU im Oktober 2007 unter portugiesischer Ratspräsidentschaft auf den überarbeiteten Reformvertrag der EU einigen konnten, standen die letzten Monate in Brüssel im Zeichen der Vorbereitungen auf die unterschiedlichen Gemeinschaftsinitiativen und Förderprogramme für die neue Förderperiode 2007 bis 2013. Inzwischen sind viele Programme „lauffähig“ und warten mit ersten Anmeldefristen auf. Für den Bereich Stadt- und Regionalentwicklung sind hier in erster Linie die Interreg-Programme für den Nord- und Ostseeraum sowie die Initiative URBAN II mit ihrem Begleitprogramm URBACT zu nennen, über das ein Netzwerk für integrierte Stadtentwicklung aufgebaut werden soll (siehe auch Kapitel 2). Der Kreis Pinneberg beabsichtigt, sich an zwei interregionalen Projekten im Nord- und Ostseeraum zu beteiligen. Nähere Informationen hierzu folgen, sobald die Entscheidungen über die Anträge vorliegen und der Startschuss für die Projektarbeit gegeben wird. Für den Kreis Pinneberg würde damit eine neue Ära der Europaarbeit beginnen.

Energie und Klimawandel

Das von der EU-Kommission am 23. Januar 2008 vorgelegte Energie- und Klimapaket steht derzeit im Mittelpunkt vieler Diskussionen in Parlament und Rat. Das ist nicht weiter verwunderlich, handelt es sich doch um recht weit reichende Maßnahmen und Gesetzesvorschläge. Ergänzend zu der bereit im letzten Jahr festgelegten Formel 20-20-20 (Verringerung der CO₂-Emissionen um 20%, Steigerung der Energieeffizienz um 20%, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien um 20% - und das alles bis zum Jahr 2020) werden nun Vorschläge zu Richtlinien, zu Umweltschutzbeihilfen und zur Änderung des Emissionshandels unterbreitet (siehe Info-Box). Nach einer Einschätzung des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung berühren eine Reihe der geplanten Maßnahmen der EU direkt oder indirekt das Wohnungswesen und die Stadtentwicklung. Die Reduktionsziele für den CO₂-Ausstoß betreffen nun nämlich nicht mehr nur die Industriebetriebe (Kraftwerke, Raffinerien etc.), sondern auch den Gebäude- und Verkehrssektor sowie die Land- und Abfallwirtschaft. Hinzu kommen neue Regelungen für die Energieeffizienz in Gebäuden, für Heizungsanlagen und Bauteile (siehe hierzu auch Kap. Verkehr / Energie).

Emissionshandel – was ist das eigentlich?

Im Kyoto-Protokoll haben sich die beteiligten Industriestaaten im Jahr 1997 verpflichtet, den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu senken. Die Europäische Union hat zugesagt, ihre Emissionen während der Jahre 2008 bis 2012 um acht Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren. Zur Umsetzung dieser Vereinbarungen hat die EU zu Beginn des Jahres 2005 den sogenannten Emissionshandel gestartet. Dahinter steht die Idee, den Ausstoß von Kohlendioxid dort zu verringern, wo die Vermeidung am kostengünstigsten ist. Dies geschieht nach folgendem Prinzip der „ökonomischen Flexibilität“. Die Betreiber von Kraftwerken und Industrieanlagen erhalten Zertifikate für eine genau festgelegte Ausstoßmenge. Verursacht eine Anlage mehr Emissionen, so muss der Betreiber zusätzliche Zertifikate ankaufen. Verursacht sie weniger Emissionen, so können überzählige Berechtigungen gewinnbringend verkauft werden. Der Emissionshandel ermöglicht also, klimaschädliche Gase dort zu reduzieren, wo dies zu den geringsten Kosten geschehen kann. Weitere Informationen hierzu hält das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bereit:

www.bmu.de

Aber noch ein anderes Thema aus dem Energiesektor wird heftig diskutiert: die eigentumsrechtliche Entflechtung (das sogenannte „Unbundling“) bei Energiekonzernen. Hier geht es darum, dass nach dem Willen der Kommission Energieproduktion und Leitungsnetze voneinander getrennt werden sollen. Die Gegner dieser Regelung (z.B. Deutschland und Frankreich) versuchen, über ein Kompromisspapier Alternativen zum Kommissionsvorschlag aufzuzeigen und durchzusetzen. Der Konzern E.on erwägt bereits, sein Stromnetz zu verkaufen, um den kartellrechtlichen Auseinandersetzungen mit der EU-Kommission zu entgehen.

Slowenische Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2008 hat Slowenien für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Damit hat zum ersten Mal ein Land, das 2004 der EU beigetreten ist, die Präsidentschaft inne.

Slowenien hat sich einige Arbeitsschwerpunkte für das nächste halbe Jahr vorgenommen. Hauptthemen werden die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon und die Energie- und Klimapolitik sein. Außerdem wird Slowenien an einer Lösung des Kosovoproblems arbeiten, das sich als schwierig, wenn nicht unlösbar, erwiesen hat. Ein weiterer Schwerpunkt der slowenischen Ratspräsidentschaft ist der interkulturelle Dialog, den die Europäische Union ohnehin zum Jahresmotto 2008 erklärt hat. Hintergrund ist die Sicherung der zunehmenden kulturellen Vielfalt Europas, die sowohl die Folge der Erweiterung der Union um weitere Mitglieder, aber auch das Ergebnis von Zuwanderung und Globalisierung ist.

Das „Trioprogramm“ Deutschlands, Portugals und Sloweniens

Slowenien hat die Präsidentschaft von Portugal übernommen. Gemeinsam mit Deutschland hatten diese beiden Länder Anfang 2007 eine gemeinsame 18monatige Präsidentschaft vereinbart. Dazu war ein gemeinsames Arbeitsprogramm, ein sogenanntes Trioprogramm, erarbeitet worden. Dies gilt auch für die slowenische Präsidentschaft, auch wenn schon einige wichtige Vorhaben erledigt sind. Dazu gehört vor allem der neue Vertrag von Lissabon, der allerdings noch ratifiziert werden muss.

Neuerungen bei der EU-Ratspräsidentschaft

Die Arbeit des Europäischen Rates muss koordiniert und organisiert werden. Deshalb hat immer ein Mitgliedstaat die EU-Ratspräsidentschaft inne. Der jeweilige Staats- bzw. Regierungschef repräsentiert die EU für die Dauer der Präsidentschaft nach außen. Jeder EU-Mitgliedstaat übernimmt nach dem Rotationsprinzip für sechs Monate die Präsidentschaft der Europäischen Union.

Die „Trio-Präsidentschaft“ wurde ins Leben gerufen, um die Kurzatmigkeit sechsmonatiger Ratsvorsitze zu überwinden. Viele der Aufgaben, die in der EU anstehen, können nicht in sechs Monaten bewältigt werden. Um mehr Kontinuität in die europäische Arbeit zu bringen, wird die EU künftig einen ständigen Ratspräsidenten haben, der nach dem Vertrag von Lissabon zweieinhalb Jahre den Europäischen Rat leiten wird. Damit wird ab 2009 die bisher alle sechs Monate wechselnde Präsidentschaft abgeschafft.

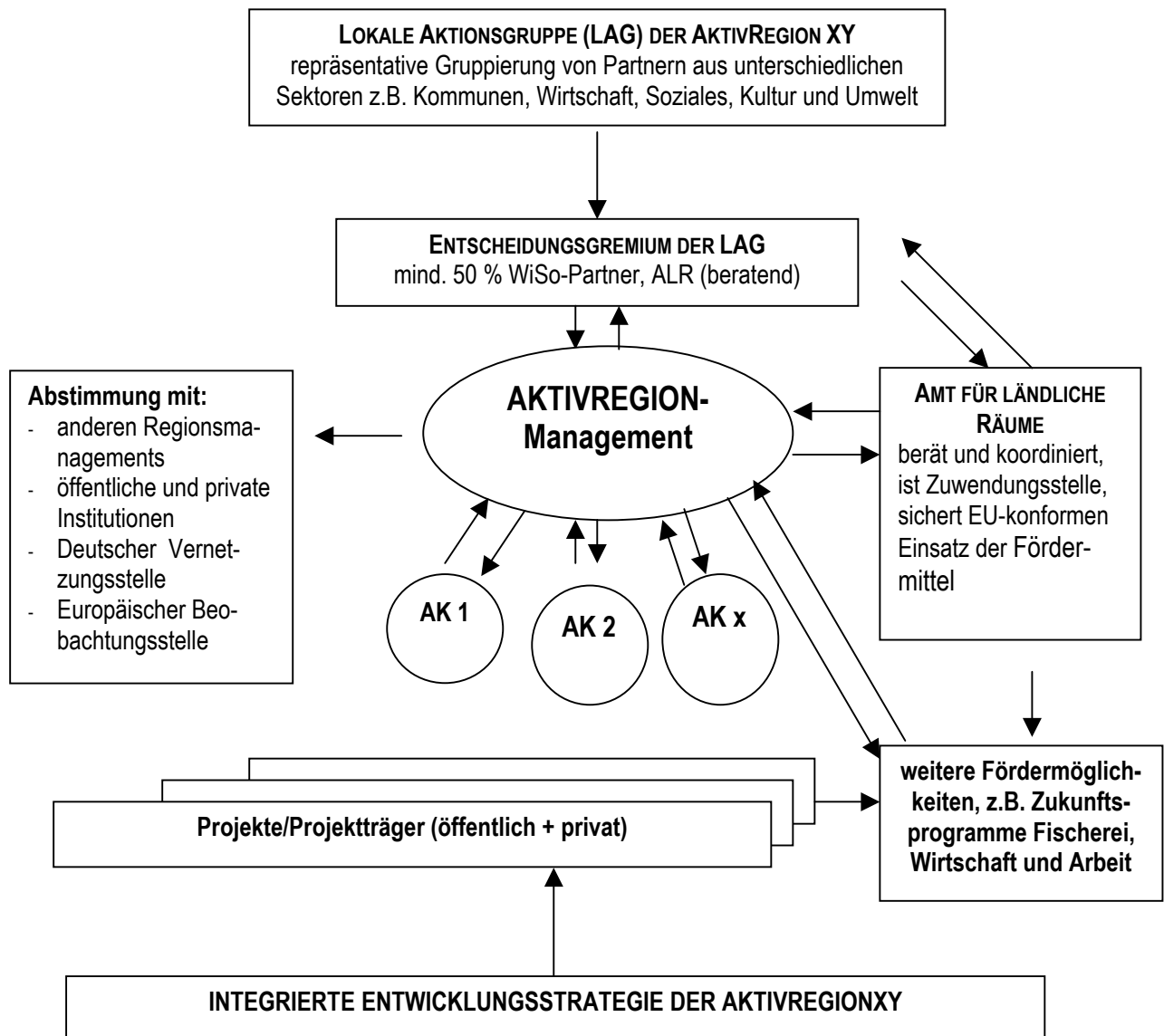
Zukunftsprogramm für den ländlichen Raum

Mehr Gemeinschaft - mehr Lebensqualität - mehr Wirtschaftskraft

Das „Zukunftsprogramm ländlicher Raum“ ist eine von vier Säulen des Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein (www.zukunftsprogramm.schleswig-holstein.de). Es wurde am 04.12.2007 von der EU-Kommission genehmigt und soll die Umsetzung der EU-Politik zur ländlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein in der EU-Förderperiode 2007 – 2013 gewährleisten. Grundlage hierfür ist die Verordnung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER).

„Verbesserung der Lebensqualität“ lautet der Leitgedanke des Programms. Mit einer gezielten Steigerung von Wirtschaftskraft und Beschäftigung sowie einer Verbesserung des Bildungsstandes, der Umweltqualität und der Lebensverhältnisse soll dies initiiert werden. Aus diesen Zielen wurden drei Programmschwerpunkte abgeleitet, die unter Umsetzung des in der zurückliegenden Förderperiode für Projekte im ländlichen Raum angewendeten „LEADER-Konzeptes“ in sogenannten „AktivRegionen“ bearbeitet werden sollen; d.h. es gilt, die Entwicklungspotenziale der ländlichen Regionen zu mobilisieren, regionale Kooperationen zu verbessern (auch unter Beteiligung von Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie weiterer privater Akteure) und die Erarbeitung bzw. Umsetzung zukunftsfähiger Strategien zwecks Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft und Sicherung der Lebensqualität zu betreiben.

Das LEADER-Konzept wurde bereits im Rahmen des Programms LEADER+ und der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse (LSE) angewandt. Der methodische Ansatz geht dabei von integrierten Entwicklungsstrategien in genau definierten Gebieten aus, in denen lokale Aktionsgruppen (LAG) tätig werden. Diese lokalen öffentlich-privaten Partnerschaften sollen zu mindestens 50 % aus Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie weiterer privater Akteure bestehen. Die Entscheidungsbefugnis der LAG bei der Ausarbeitung und Umsetzung der integrierten Entwicklungsstrategien basiert auf dem „Bottom-up-Prinzip“. Auch eine Vernetzung lokaler Partnerschaften ist dabei zu entwickeln. Darüber hinaus sollten auch innovative Konzeptionen umgesetzt sowie gebietsübergreifende und/oder transnationale Kooperationsprojekte zu einer Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum durchgeführt werden. Das folgende Diagramm gibt einen Überblick über Organisation und Zuständigkeiten:



Das Grundbudget je „AktivRegion“ kann – abhängig von der Größe – bis zu € 300.000,- pro Jahr betragen. Mittlerweile haben sich landesweit 21 „AktivRegionen“ mit zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern gebildet, die ihre integrierten Entwicklungsstrategien dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume im I. Quartal 2008 vorlegen müssen. Anfang des III. Quartals 2008 wird über die Anerkennung der Förderregionen entschieden werden.

Im Kreis Pinneberg ist die „AktivRegion Pinneberger Marsch und Geest“ gebildet worden. Zu ihr gehören die Ämter Moorrege, Haseldorf und Elmshorn Land sowie die Städte Wedel, Uetersen und Törnesch. Die AktivRegion wird im ersten Halbjahr 2008 einen eingetragenen Verein gründen.

Weitere Informationen – u.a. zu den Förderquoten – erhalten Sie bei folgenden Ansprechpartnern:

Hermann-Josef Thoben

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

Tel.: 0431/988-4980; Fax.: 988-5073

E-Mail: Hermann-Josef.Thoben@mlur.landsh.de

Torsten Sommer

Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Tel.: 04321/9071-52

E-Mail: Torsten.Sommer@alr-sh.de

Einzelheiten zur Initiative „AktivRegionen in Schleswig-Holstein“ sowie eine Liste der Ansprechpartner für die einzelnen Regionen finden Sie im Internet unter www.aktivregion-sh.de

2. INTERREGIONALE KOOPERATION

Ostseeprogramm

Ende Dezember 2007 hat die Europäische Kommission das mit 236 Millionen Euro ausgestattete Ostseeprogramm (Baltic Sea Region Programme 2007 – 2013) genehmigt. Die erste Antragsrunde für Projekte in diesem Kooperationsraum läuft seit dem 25. Februar und endet am 30. Mai 2008. Ziel des Programms ist es, die regionale Entwicklung des Ostseeraums zu verbessern, Innovation und Beschäftigung zu fördern und eine nachhaltige Nutzung der Umweltressourcen zu gewährleisten. In den angestrebten Projekten können Partner aus elf Ländern zusammenarbeiten. Weitere Informationen sind auf den Internetseiten zu finden: www.eubaltic.net

Vom 2. bis 4. April 2008 findet in Hamburg ein Vorbereitungsseminar für Antragsteller statt. Ansprechpartnerin für Schleswig-Holstein ist Kaarina Williams im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa: kaarina.williams@jumi.landsh.de, Tel.: 0431 – 988 2021.

Auch im Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel gibt es eine starke „Ostseeströmung“. Auf Initiative des schleswig-holsteinischen Mitglieds im AdR, Europaminister Uwe Döring, wurde eine interregionale Gruppe der „Baltic Sea Regions“ gegründet. Die Gruppe soll Themen aufgreifen, die für die Ostseeanrainer relevant sind und diese bei Kommission und Parlament zu Gehör bringen. Hier steht besonders die Meerespolitik der EU im Vordergrund.

Nordseeprogramm

Die Rahmenbedingungen für Projekte im Nordseeraum wurden schon im Jahr 2007 fixiert (siehe Hinweise in den Europa-Infos vom Juli 2007). Die ersten beiden Antragsrunden sind inzwischen abgeschlossen. Nähere Informationen sind erhältlich unter www.northsearegion.eu

Ab 2007 wird die europäische territoriale Zusammenarbeit zum neuen Ziel 3 der Strukturförderung und erhält eine wesentlich höhere Mittelzuweisung als bisher. Die Kooperationsformen sind grenzübergreifend (ehemals INTERREG III A), transnational (vorher INTERREG III B) und interregional (gemäß INTERREG III C). Die finanzielle Beteiligung der EU an gemeinsamen Projekten beläuft sich auf bis zu 85 Prozent. Wie schon in der letzten Förderperiode gehört ganz Schleswig-Holstein zu den beiden Kooperationsräumen Ostsee und Nordsee.

In den letzten Monaten wurden erste konkrete Vorbereitungen für die künftige Zusammenarbeit getroffen. So wurde z.B. am 3. Juli 2006 in der Öresundregion eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die die Zusammenarbeit im südwestlichen Ostseeraum stärken soll. Partner dieser Vereinbarung sind Hamburg, Schleswig-Holstein, die südschwedische Region Skane sowie die dänischen Regionen Seeland und Kopenhagen. Weitere Informationen hierzu über dietrich.seele@jumi.landsh.de

Dass der Ostseeraum erstarkt, zeigt sich auch in einem hochkarätigen Gipfeltreffen, dem so genannten Baltic Development Forum, das vom 29. bis 31.10. 2006 in Helsinki stattfinden wird. Dort werden 400 Spitzenvertreter aus Politik und Wirtschaft des gesamten Ostseeraums erwartet. Das 1998 gegründete Forum ist ein Verein zur ökonomischen Weiterentwicklung der Ostsee-Anrainerstaaten. Näheres unter www.bdforum.org.

3. BILDUNG UND JUGEND

EU-Seminare im Kreis Pinneberg

Mit dem Ziel, die EU-Kompetenz bei Jugendhilfeträgern und Bildungseinrichtungen zu fördern, plant der Kreis Pinneberg im Rahmen von Kooperationsveranstaltungen zwischen dem Netzwerkmanagement des Fachdienst Jugend, dem Schulamt und dem Regionalmanagement des Kreises und unter Beteiligung des Hanse-Office in Brüssel sowie der Investitionsbank in Kiel zwei Fortbildungen.

Das erste Seminar am 08.07.2008 informiert über Grundsätze der EU-Politik im Bereich von Bildung und Jugend und informiert über aktuelle Förderprogramme in diesen Bereichen. Für das zweite Seminar

am 25.09.2008 mit dem Thema „Von der Projektidee zum Förderantrag“ konnten wir die BBJ - Zentrale Beratungsstelle der Träger der Jugendhilfe in Berlin - für die Durchführung gewinnen. Weitere Informationen erhalten Sie beim Netzwerkmanagement des Kreises Pinneberg unter der Rufnummer 04101/ 212 646 oder per Mail: c.helms@kreis-pinneberg.de

Virtuelle Schulpartnerschaften: eTwinning

35.000 Schüler haben inzwischen am eTwinning teilgenommen, das mit nur geringen Kosten gemeinsame transeuropäische Projekte fördert. Besonders gute Projekte wurden auf einer Konferenz am 14.–16. März 2008 ausgezeichnet. Mehr dazu unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/443&format=DOC&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Übersicht der deutschen Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2007-2013

Die Mittel des Europäischen Sozialfonds werden in Deutschland auf Bundesebene von fünf Ministerien verwaltet. Dabei sind viele Programme zugunsten von Jugendlichen konzipiert.

Mehr unter <http://www.jugendpolitikineuropa.de/themen/bildung/news-454.html>

Veröffentlichungshinweis:

Interessante Informationen zu Europäischer Politik und die Auswirkungen auf die Jugendhilfe hat die zentrale Beratungsstelle für Träger der Jugendhilfe aus Berlin (BBJ) zusammengestellt:

Der Europäische Binnenmarkt und die Jugendhilfe in Deutschland (BBJ Consult Info IV/2007)

Die Publikation soll die Jugendhilfeträger stärker für die vom EU-Binnenmarkt ausgehenden Wirkungen sensibilisieren. Sie enthält einen knapp gefassten Überblick über den Einfluss europäischer Bestimmungen auf die soziale Leistungserbringung in Deutschland und unterstützt die offensive Auseinandersetzung mit diesen Zusammenhängen. Denn die Träger sind auch gefordert, wenn es darum geht, Handlungsmöglichkeiten zugunsten von Jugendhilfezielen im Binnenmarkt zu erschließen.

Auf dem Weg zu einer europäischen Jugendpolitik (BBJ Consult Info I/2008)

Im Jahr 2009 nimmt die Europäische Union die Weichenstellungen für die künftige jugendpolitische Zusammenarbeit vor. Aus diesem Anlass wird anhand zahlreicher EU-Dokumente die Entwicklung von einer zunächst arbeitsmarktzentrierten Sicht Europas auf junge Menschen hin zu einem eher jugendpolitischen Ansatz nachgezeichnet. Zwar gibt es (noch) keine europäische Jugendpolitik und hatten deutsche Jugendhilfeträger lange Zeit wenig Anlass, sich für die in Brüssel eingeleiteten Entwicklungen zu interessieren. Dennoch - so das Fazit - bietet europäische Politik heute für eine auf soziale Einmischung ausgerichtete offensive Jugendhilfe im Spannungsfeld europäischer und lokaler Strategien große Chancen der Einmischung und der Mitgestaltung.

Mehr Informationen unter : www.bbj.de

Programm „Jugend in Aktion“

Bis zum 15. April 2008 können Projektvorschläge für das Unterprogramm „Jugend für die Welt“ dieser bewährten Gemeinschaftsinitiative im Jugendbereich eingereicht werden. Die Maßnahmen betreffen die Zusammenarbeit mit anderen als den Nachbarländern der EU; sie sollen zwischen dem 1. 11.2008 und dem 31.12.2008 starten und eine Dauer von 6 bis 12 Monaten haben.

Mehr dazu unter: www.eacea.ec.europa.eu/youth/calls2008/action32/index_en.htm

sowie - ebenfalls für andere Aktionsbereiche des Programms – unter

www.jugendfuereuropa.de/jugend-in-aktion

Lebenslanges Lernen

Die vielfältigen Förderprogramme für Bildungsprojekte haben nun endlich einen gemeinsamen Internet-auftritt: www.lebenslanges-lernen.de liefert einen Überblick über COMENIUS, ERASMUS, LEONARDO und GRUNDTWIG.

4. UMWELT

Neue Leitlinien für staatliche Umweltschutzbeihilfen

Die Europäische Kommission hat am 23. Januar 2008 neue Leitlinien vorgestellt, die die Mitgliedstaaten bei der Beihilfevergabe im Umweltbereich beachten müssen. Sie finden diese Regeln unter:

www.ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/reform/environmental_guidelines_de.pdf

Veranstaltung zu Umweltprogrammen

Anfang Juni wird in Hamburg ein Informations- und Beratungstag für Antragsteller im Rahmen der EU-Umweltprogramme „LIFE+“ und „Öko-Innovationen“ veranstaltet. Er dient als Vorbereitung für die Einreichung von Vorschlägen zu Themen wie Materialrecycling, Umweltmanagement, Produktionsprozesse in der Nahrungsmittelindustrie etc. Näheres hierzu wird unter www.ib-sh.de/eu-aktuell bereitgestellt.

5. STÄDTEPARTNERSCHAFTEN

Europa für Bürgerinnen und Bürger

Bürgerbegegnungen, Konferenzen und Workshops im Rahmen von Städtepartnerschaften sind auch in der neuen Förderperiode von 2007 bis 2013 fester Bestandteil des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Ziel des Programms ist es, Menschen aus lokalen Gemeinschaften aus ganz Europa zusammenzubringen und die aktive Bürgerschaft der Europäischen Union zu fördern. Dazu sollen vier Aktionen dienen:

- Aktion 1: Aktive Bürger/innen für Europa (Städtepartnerschaften)
- Aktion 2: Aktive Zivilgesellschaft für Europa (zivilgesellschaftliche Organisationen)
- Aktion 3: Gemeinsam für Europa (Veranstaltungen)
- Aktion 4: Aktive europäische Erinnerung (Nationalsozialismus und Stalinismus)

Hinweise zu den Antragsfristen und Projektlaufzeiten sind auf der Homepage der Agentur EACEA verfügbar, bei der die Projektanträge eingereicht werden müssen: <http://eacea.ec.europa.eu/index.htm>. Antragsunterlagen gibt es unter folgender Adresse:

http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/guide/index_en.htm

Darüber hinaus steht die Investitionsbank Schleswig-Holstein für Fragen und Informationen zur Verfügung: www.ib-sh.de/eic. Sie führt im Mai einen Workshop zu diesem Förderprogramm durch (siehe Veranstaltungen!).

6. GESUNDHEIT

Gesundheitsprogramm 2008 bis 2013 verabschiedet

Bereits im letzten Jahr haben das Europäische Parlament, die Kommission und der Rat dem zweiten Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit (2008 – 2013) zugestimmt. Für die Durchführung des Programms steht ein Finanzbudget von 321,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Mit dem Aktionsprogramm werden drei Ziele verfolgt: besserer Gesundheitsschutz der Bürger, Gesundheitsförderung sowie die Schaffung und Verbreitung von Informationen und Wissen zu Gesundheitsfragen. Das Ziel eines besseren Gesundheitsschutzes soll durch Maßnahmen unter anderem im Bereich von Prävention, der Erarbeitung von Risikomanagementverfahren bei Gesundheitsnotfällen sowie durch die Förderung von Patientensicherheit erreicht werden. Die Gesundheitsförderung sieht Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheiten vor. Im Rahmen des dritten Ziels wird der Austausch von Wissen

und bewährten Verfahren gefördert, bei denen die Gemeinschaft einen echten Zusatznutzen bieten kann, wie etwa bei seltenen Krankheiten.

Das Programm tritt ein Jahr später als geplant in Kraft, da es ursprünglich mit einem Programm für den Verbraucherschutz kombiniert war. Dieses war vom EP abgelehnt worden mit der Begründung, dass den Prioritäten im Bereich der Gesundheit mit einem spezifischen Programm begegnet werden müsse.

Der erste Aufruf für das neue Aktionsprogramm Gesundheit erfolgt in diesen Tagen bzw. steht unmittelbar bevor. **Bis zum 23. Mai** können Anträge für Maßnahmen und Projekte im Bereich Gesundheit für das Jahr 2008 eingereicht werden. Weitere Informationen sowie die Ausschreibungsunterlagen hierzu sind unter folgenden Adressen abrufbar:

<http://ec.europa.eu/phea>

www.ec.europa.eu/health/ph_programme/howtoapply

Weißbuch zur gesundheitspolitischen Strategie der Kommission

Um die Gesundheit der EU-Bürger langfristig zu verbessern, hat die Europäische Kommission das Weißbuch „Gemeinsam für die Gesundheit“ vorgelegt. Darin legt sie gesundheitspolitische Strategien fest, die für die Gemeinschaftsmaßnahmen im Gesundheitsbereich richtungweisend sein sollen. Ziel dieser Strategie ist es, in allen Mitgliedstaaten eine flächendeckende, für alle zugängliche und qualitativ hochwertige Versorgung sowie Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität zu erreichen. Gestützt auf die besten wissenschaftlichen Erkenntnisse, die die Kommission aus den einzelnen Ländern zusammenziehen will, sollen die gesundheitlichen Benachteiligungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten verringert werden.

Die Kommission stellt heraus, dass die Lebenserwartung der Bevölkerung bei guter Gesundheit ein Schlüsselfaktor für das Wirtschaftswachstum sei. Deshalb will sie mit ihrer Strategie die hohe Zahl der krankheitsbedingt arbeitsunfähigen Menschen in den Mitgliedstaaten senken. Die Ausgaben im Gesundheitswesen sollen darüber hinaus durch Investitionen in die Prävention, den Schutz und die Verbesserung der allgemeinen körperlichen und seelischen Gesundheit der Bevölkerung flankiert werden.

Eine verstärkte Zusammenarbeit sei auch wegen des veränderten Altersaufbaus der EU-Bevölkerung notwendig. Die Folge des demografischen Wandels sei eine steigende Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl der Beschäftigten. Die Ausgaben im Gesundheitswesen könnten dadurch bis zum Jahr 2050 um ein bis zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ansteigen. Dieser Anstieg könne jedoch halbiert werden, wenn die Menschen bei höherer Lebenserwartung länger gesund bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten während der gesamten Lebensspanne Maßnahmen zur Förderung gesunder Lebensweisen unterstützt werden.

In ihrem Weißbuch kündigt die Kommission an, neue Mechanismen der strukturierten Zusammenarbeit auf EG-Ebene vorzuschlagen, die die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten fördern sollen.

7. VERKEHR / ENERGIE

Grünbuch zu transeuropäischen Netzen

Die EU-Kommission plant die Auflage eines Grünbuchs zu den transeuropäischen Verkehrsnetzen, in dem die neuen Rahmenbedingungen der europäischen Verkehrspolitik dargelegt werden sollen, die sich u.a. durch die EU-Erweiterung und das Anwachsen des Transportaufkommens ergeben. In diesem Zusammenhang soll in nächster Zeit eine Internet-Konsultation gestartet werden. Informationen dazu gibt es unter www.ec.europa.eu/ten/transport/whatsnew/index_en.htm

Intelligente Energie

Der Energiebereich gewinnt in der EU-Politik immer mehr an Bedeutung. Um die Verwirklichung der Ziele des Umweltschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit voran zu bringen,

wird es demnächst einen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen für das Programm Intelligente Energie Europa geben. Die Frist dauert voraussichtlich bis Ende Juni 2008. Informationen unter www.ec.europa.eu/energy/intelligent/call_for_proposals

Energieeffizienz in Gebäuden

Die EU-Kommission arbeitet an einer Neufassung der Richtlinie zur Energieeffizienz in Gebäuden, die seit 2002 die Mindestanforderungen für Neubauten und Renovierungen vorgibt. Die neue Richtlinie wird wohl kaum vor 2011 in Kraft treten, sie enthält aber verschärfte Maßgaben für Gebäude, Heizungs- und Klimaanlage, Isolierungen usw., die erhebliche Bedeutung für den Bausektor haben und bereits jetzt beachtet werden sollten.

8. INFORMATIONSGESELLSCHAFT / FORSCHUNG

Europäisches Institut für Innovation und Technologie (EIT)

Die Idee, ein Europäisches Institut für Innovation und Technologie zu gründen, geht auf den derzeitigen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zurück und musste bislang viel Kritik einstecken. Offenbar ist es nun aber der Kommission gelungen, mit einer gewissen Kompromissbereitschaft diese Maßnahme gegenüber Rat und Parlament durchzusetzen. In Brüssel nimmt man jedenfalls eine positive Aufbruchstimmung wahr, und schon in den nächsten Monaten soll der Verwaltungsrat des EIT durch eine aus Wissenschaftlern bestehende Findungskommission benannt werden.

Das EIT soll zum Aushängeschild der europäischen Innovation werden, das Bindeglied zwischen Wirtschaft, Forschung und Bildung darstellen und einen wesentlichen Beitrag zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum in Europa leisten. Ziel ist es, Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung direkt und ohne lange Wege in kommerzielle Innovationsideen zu überführen. Hieraus dürften sich auch Anreize für nationale und regionale Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Mehr dazu unter

www.ec.europa.eu/eit

9. WIRTSCHAFT

Zukunftsprogramme Wirtschaft und Arbeit

Für diese beiden Säulen des Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein (siehe Europa-Infos Juli 2007) werden verschiedene Antragstermine angeboten. Detaillierte Informationen erhält man unter www.zukunftsprogramm.schleswig-holstein.de und auf der Website der Projektgesellschaft Norderelbe, die die Kommunen, Verbände, Kammern und Unternehmen der Kreise Pinneberg, Segeberg, Dithmarschen und Steinburg bei der Antragstellung und Projektdurchführung unterstützt:

www.pg-norderelbe.de

Enterprise Europe Network: neue Organisation der EU-Beratung im Norden

Der bisher von zwei verschiedenen Netzwerken angebotene Service in Sachen EU-Förderprogrammberatung und Technologietransfer ist seit Februar unter dem „Dach“ Enterprise Europe Network zusammengeführt worden; damit soll es kleinen und mittleren Unternehmen erleichtert werden, ihre Stärken sowie ihr Innovationspotenzial zu entwickeln und so ihr Wettbewerbspotenzial zu verbessern. Damit könnte noch mehr Förderung und Innovation in den Norden geholt werden.

Die Partner im neuen Enterprise Europe Network sind die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB), die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), die TuTech Innovation GmbH (TuTech) und die Innovationsstiftung Hamburg. Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung bezüglich EU-Beratung und –Förderung hat die Investitionsbank die Koordination des Netzwerks in Hamburg und Schleswig-Holstein übernommen. Am 16. Juni 2008 findet die Auftaktveranstaltung mit allen Partnern statt (siehe auch Veranstaltungshinweise).

Weitere Informationen zu EU-Förderprogrammen sowie für die Unterstützung bei der Antragstellung und Umsetzung von EU-Projekten: www.ib-sh.de/europa

Öffentlich-Private Partnerschaften

Die Europäische Kommission hat im Februar neue Leitlinien zu „Institutionalisierten Öffentlich-Privaten Partnerschaften (IÖPP)“ veröffentlicht. In ihrer Mitteilung versucht die Kommission, Unklarheiten bei der Anwendung des Gemeinschaftsrechts bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen zu beseitigen. Sie verdeutlicht, dass je nach Art der übertragenen Aufgabe entweder die Vergaberichtlinien oder die allgemeinen Grundsätze des EG-Vertrages auf die Auswahl des privaten Partners anzuwenden sind. Die Mitteilung, die aus Sicht der Brüsseler Verbindungsbüros von erheblicher Bedeutung ist, kann unter folgender Adresse eingesehen werden:

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/ppp_de.htm

10. VERANSTALTUNGEN / VERÖFFENTLICHUNGEN

Europawoche 2008

Die Europawoche des Jahres 2008 findet vom 2. bis 11. Mai 2008 statt und bietet über 100 Veranstaltungen, auf denen sich Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein über Europa informieren können. Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, übernimmt die Schirmherrschaft für die Europawoche und wird diese gemeinsam mit dem schleswig-holsteinischen Landtagspräsidenten, Martin Kayenburg, am 30. April in Kiel eröffnen.

Die Veranstaltungen werden von der Europa-Union und von der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein koordiniert. Weitere Informationen erhalten Sie bei Carsten Massau: carsten.massau@europa-union-sh.de, Tel.: 0431 – 93333, oder im Internet unter <http://www.europa-union-sh.de>

Europäische Woche für nachhaltige Energie

Energie und Klimawandel avancieren zu zentralen Politikfeldern der EU. Wer sich über Förder- und Finanzierungsinstrumente für Unternehmen und neue Technologien interessiert, kann die Vorträge, Ergebnisse und Projektbeispiele eines Workshops auf folgenden Websites einsehen:

www.ib-sh.de/eusew

www.eusew.eu

Weitere Informationen erhalten Sie auch von Cornelia Pankratz bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein: cornelia.pankratz@ib-sh.de, Tel. 0431 – 9905 3495

Enterprise Europe Network

Das neue Informationsnetzwerk für Schleswig-Holstein und Hamburg (Enterprise Europe Network, siehe Kap.9) stellt sich auf einer Auftaktveranstaltung am 16. Juni 2008 in Kiel vor. Weitere Informationen zu dieser besonders für die Wirtschaftsförderung interessanten Präsentation: www.ib-sh.de/europa

Europa für Bürgerinnen und Bürger

Am 7. Mai 2008 findet in Kiel ein Workshop zu den Fördermöglichkeiten im Rahmen der EU-Programme „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (Städtepartnerschaften) und „Lebenslanges Lernen“ (Leonardo da Vinci, berufliche Bildung) statt. Weiter Informationen hält die Investitionsbank Schleswig-Holstein bereit. Ansprechpartnerin: Veronika Vollert: veronika.vollert@ib-sh.de, Tel.: 0431 – 9905 3496

Seminare im Kreis Pinneberg zu Förderprogrammen im Bereich Bildung und Jugend

Der Kreis Pinneberg veranstaltet am 8. Juli und am 25. September 2008 zwei Seminare zur Förderfähigkeit von Maßnahmen im Jugend- und Bildungsbereich. Nähere Hinweise hierzu siehe Kapitel 3 dieser Ausgabe.

In eigener Sache

Diese Ausgabe der Europa-Infos wurde durch Textbeiträge von Rosemarie Kiske (Kreis Herzogtum Lauenburg), Dr. Klaus Westphal (Kreis Segeberg), Christoph Helms (Kreis Pinneberg) und David Hoffmann bereichert, der einen Teil seiner Ausbildung im Referat für Regionalmanagement, Europa, Kommunalaufsicht und Öffentlichkeitsarbeit absolviert hat. Für die Unterstützung möchte ich mich herzlich bedanken.

Wenn Sie Hinweise und zusätzliche Informationswünsche haben, stehe ich Ihnen - gemeinsam mit Christoph Helms (c.helms@kreis-pinneberg.de, Tel. 04101-212 646), der sich für die Europakompetenz des Kreises Pinneberg im Bereich Jugend und Bildung einsetzt - , gerne zur Verfügung:

Andreas Thaler, Tel.: 04101 – 212 327, Mail: a.thaler@kreis-pinneberg.de